

Protokoll

der Einwohnergemeindeversammlung vom 12. Juni 2024

Vorsitz: Reto Merkli, Gemeindeammann
Protokoll: Aline Bianchi, Gemeindeschreiberin
Stimmzähler: Richard Kicza
Daniel Mühlebach

Verhandlungsfähigkeit:	Stimmberechtigte	850
	Beschlussquorum 1/5	170
	Anwesend bei Versammlungsbeginn	126

Referendum: Sämtliche Beschlüsse der heutigen Einwohnergemeindeversammlung unterstehen dem fakultativen Referendum.

Stimmrecht: Die anwesenden Gäste sind nicht stimmberechtigt.

Ort: Turnhalle Tegerfelden
Zeit: 20 bis 21.32 Uhr

Gemeindeammann Reto Merkli eröffnet die Einwohnergemeindeversammlung und begrüsst die Einwohner/innen sowie die anwesenden Gäste.

Informationen zu den Wortmeldungen:

- Zur Wortmeldung aufstehen und Mikrofon verwenden
- Vorname und Name nennen
- Anträge deutlich formulieren
- Einander fair und mit Respekt begegnen

Die Einladung mit Traktandenliste wurde den Stimmberechtigten rechtzeitig und vollständig zugestellt. Die Akten sind auf der Gemeindekanzlei öffentlich zur Einsichtnahme aufgelegt. Ebenso standen die Dateien auf der Gemeindehomepage zur Verfügung.

TRAKTANDEN

1. Genehmigung des Protokolls der Einwohnergemeindeversammlung vom 9. November 2023
2. Rechenschaftsbericht 2023; Kenntnisnahme
3. Jahresrechnung 2023 der Einwohnergemeinde
4. Genehmigung Kreditabrechnung: Erneuerung Hebewerk ARA Klingnau
5. Kreditantrag über CHF 358'000 für die Werkleitungssanierung Unterfeld und Alte Döttingerstrasse
6. Kreditantrag über CHF 55'000 für die Einführung Verkehrsberuhigung durch Zone 30 in den Quartieren und zur Sicherheit der Fussgänger
7. Verschiedenes

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls der Einwohnergemeindeversammlung vom 9. November 2023

(Gemeindeammann Reto Merli)

Der Gemeinderat hat das Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 9. November 2023 geprüft und gutgeheissen.

Das Protokoll konnte während der Aktenaufgabe bei der Gemeindeganzlei eingesehen werden. Es bestand die Möglichkeit, das Protokoll in gedruckter Form bei der Gemeindeganzlei zu bestellen oder direkt im Internet zu beziehen.

Diskussion:

Die Diskussion wird nicht gewünscht.

Antrag:

Wollen Sie das Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 9. November 2023 genehmigen?

Abstimmung:

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

Traktandum 2

Rechenschaftsbericht 2023

(Gemeindeammann Reto Merkli)

Gemäss Art. 20, Abs. 2, lit. b des Gemeindegesetzes hat der Gemeinderat einen Rechenschaftsbericht abzugeben. Es handelt sich dabei um eine Berichterstattung über das Gemeindegeschehen im verflissenen Jahr.

Der Rechenschaftsbericht konnte während der Aktenaufgabe bei der Gemeindekanzlei eingesehen werden. Es bestand die Möglichkeit, den Rechenschaftsbericht in gedruckter Form bei der Gemeindekanzlei zu bestellen oder direkt im Internet zu beziehen.

Über den Rechenschaftsbericht muss nicht abgestimmt werden. Er wird zur Diskussion freigegeben.

Diskussion:

Die Diskussion wird nicht gewünscht.

Kenntnisnahme:

Nachdem die Diskussion nicht gewünscht wird, gilt der Rechenschaftsbericht 2023 als zur Kenntnis genommen.

Traktandum 3

Jahresrechnung 2023 der Einwohnergemeinde

(Gemeindeammann Reto Merkli)

Gemeindeammann Reto Merkli zeigt anhand verschiedener Folien Details zur Rechnung 2023.

Die Erfolgsrechnung schliesst bei Aufwand und Ertrag von total CHF 5'826'365 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 211'743 ab. Dieser Mehrertrag wird in das Eigenkapital eingelegt. Das Ergebnis der Einwohnergemeinde ohne Werke präsentiert sich wie folgt:

EINWOHNERGEMEINDE			
ohne Werke	Rechnung 2023	Budget 2023	Rechnung 2022
Betrieblicher Aufwand	4'681'515	4'237'592	5'448'427
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	187'427	204'805	204'804
Betrieblicher Ertrag	882'831	772'348	1'437'041
Steuerertrag	3'922'979	3'584'200	4'879'514
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-63'133	-85'849	663'324
Ergebnis aus Finanzierung	225'814	21'887	32'894
Operatives Ergebnis	162'681	-63'962	696'218
Ausserordentlicher Ertrag	49'062	51'061	53'176
Ausserordentliches Ergebnis	49'062	51'061	53'176
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung (+ = Ertragsüberschuss)	211'743	-12'901	749'394

Unter Berücksichtigung des Ergebnisses aus der Finanzierung und der jährlichen Entnahme aus der Aufwertungsreserve resultiert das Ergebnis von CHF 211'743, welches gegenüber dem Budget um rund CHF 224'644 höher ist. Obschon einiger Mehraufwand zu verzeichnen ist (Restkosten Pflegefinanzierung, Betriebs- und Personalaufwand) führen die Mehrerträge (Steuern, Neubewertung Liegenschaften) zum schlussendlich erfreulichen Ergebnis.

Die Abschreibungen erfolgten nach dem Grundsatz der finanz- und volkswirtschaftlich angemessenen Selbstfinanzierung der Investitionsausgaben. Die Investitionsgüter wurden aufgrund ihrer Anlagekategorie und deren Nutzungs- und Abschreibungsdauer in der Funktion abgeschrieben.

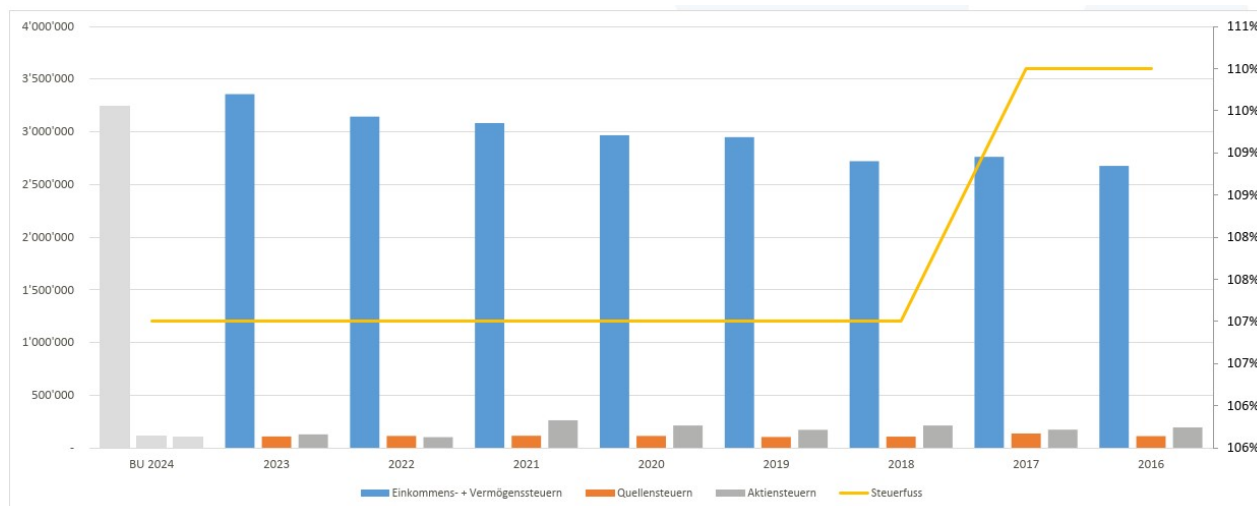
Kategorie (Verwaltungs- und Finanzvermögen)	planmässige Abschreibung 2023	Nutzungsdauer
Gebäude, Hochbauten	110'634	35
Investitionsbeiträge	1'804	je nach Objekt
Strassen, Plätze, Friedhof	81'242	40
Kanal-, Leitungsnetz, Gewässerbaute	113'326	50
Mobilien, Maschinen, Ausstattungen, allg. Fahrzeuge	-	5-10
Spezialfahrzeuge	4'357	15
Immaterielle Anlagen	174	5
Orts-, Regionalplanung, übrg. Planungen	13'852	10
Anschlussgebühren	-72'959	20
Total	252'429	

Die Sollstellung der Einkommens- und Vermögenssteuern betrug im Jahr 2023 CHF 3'357'575 und liegt somit CHF 210'575 oder 6% über dem Budget von CHF 3'147'000. Gegenüber dem Vorjahr beträgt die positive Veränderung rund CHF 214'000. Ein Grund dafür ist sicher die Teuerung und damit das Wachstum des nominalen Brutto-Inlandprodukts (BIP). In der Folge wirkte sich der in vielen Branchen gewährte Teuerungsausgleich positiv auf die Lohnentwicklung aus.

Die Einnahmen im Bereich der Quellensteuern betragen per Jahresabschluss CHF 107'801 und liegen somit rund CHF 2'200 unter dem Budget von CHF 110'000. Im Vorjahr konnten CHF 113'287 vereinnahmt werden.

Bei den Aktiensteuern waren Einnahmen in der Höhe von CHF 200'000 vorgesehen, effektiv gingen jedoch lediglich Zahlungen über Total CHF 128'489 ein. Das Ergebnis vom Vorjahr mit CHF 101'608 wurde knapp übertroffen. Die zweite Etappe der Tarifreduktion im Rahmen der Steuergesetzrevision 2022 brachte Mindereinnahmen mit sich.

Die Nachsteuern und Bussen sowie die Grundstückgewinnsteuern und Erbschafts- und Schenkungssteuern sind abhängig von den entsprechenden Steuerereignissen und deshalb schwierig zu budgetieren. Im Jahr 2023 konnten gesamthaff CHF 284'767 gegenüber dem Budget von CHF 80'000 eingenommen werden. Hiervon unerwartet war ein grösserer Fall an Erbschafts- und Schenkungssteuern.



Die Begründungen zu den Abweichungen gegenüber dem Budget in den einzelnen Konti ersehen Sie aus den Erläuterungen zur Rechnung 2023.

Die Detailjahresrechnung lag wie gewohnt zur Einsichtnahme während der Aktenauf-
lage auf und stand als Datei auf der Homepage www.tegerfelden.ch «Politik» / «Ge-
meindeversammlung» zur Verfügung.

Diskussion:

Die Diskussion wird nicht gewünscht.

Robin Sigrist, Mitglied der Finanzkommission, erläutert, dass die Finanzkommission im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen die Buchführung und die Jahresrechnung für das Rechnungsjahr 2023 geprüft und für in Ordnung befunden hat. Robin Sigrist führt die Abstimmung durch.

Antrag:

Wollen Sie die Jahresrechnung 2023 der Einwohnergemeinde genehmigen?

Abstimmung:

Die Jahresrechnung 2023 wird einstimmig genehmigt.

Traktandum 4

Genehmigung Kreditabrechnung: Erneuerung Hebewerk ARA Klingnau

(Gemeinderätin Cynthia Lang)

Der Gemeinderat bittet um Zustimmung zur folgenden Kreditabrechnung:

CHF 267'365	Investitionsbeitrag EWGV vom 19.11.2021 inkl. <u>MWSt.</u>
CHF 236'608	Bruttoanlagekosten <u>zuzüglich bezogene Vorsteuer</u>
CHF 30'757	Kreditunterschreitung von 11.5%

Die Kosten sind trotz Teuerung unterhalb des Kostenvoranschlages geblieben.

Die Bestandsaufnahmen, die mit dem Projekt FARO «3D Punktwolkenlasen» durchgeführt wurden, ermöglichten den Umbau des Rechengebäudes bis ins kleinste Detail zu planen. Dadurch konnten nahezu alle Eventualitäten vorab berücksichtigt werden, was kaum zu Überraschungen führte. (Die Unterstützung durch den Leiter ARA während der Umsetzung war äusserst hilfreich und immer sehr angenehm).

Umbauarbeiten bergen stets ein gewisses Restrisiko. In diesem Fall aber, verlief die Umsetzung grösstenteils reibungslos. Lediglich aufgrund der Corona-Krise gab es teilweise Verzögerungen bei der Lieferung von Komponenten, was sich auf die Zeitpläne auswirkte.

Im Kostenvoranschlag waren CHF 153'000 für unvorhergesehene Ausgaben eingeplant. Für mögliche Kostensteigerungen durch die Teuerung war kein spezifischer Betrag reserviert.

Während der Ausschreibung konnten Unklarheiten und Bauabläufe geklärt und optimiert werden, was letztendlich dazu führte, dass die Vertragssumme unter dem Kostenvoranschlag blieb. Dank der engagierten Bauleitung konnte der Bauprozess optimiert und sowohl die technische Richtigkeit als auch der Kostenrahmen im Blick behalten werden. Dadurch gelang es, die Schlussrechnung unter der vereinbarten Vertragssumme zu halten.

Es kann davon ausgegangen werden, dass das Rechengebäude der ARA Klingnau in den kommenden Jahren nicht nur modern und einwandfrei funktionstüchtig sein wird, sondern aufgrund der durchgeführten Sanierungsmassnahmen auch optimal vor Hochwasser geschützt ist.

Diskussion:

Die Diskussion wird nicht gewünscht.

Robin Sigrist, Mitglied der Finanzkommission, erläutert, dass die Kreditabrechnung von der Finanzkommission geprüft wurde. Sie entspricht den Vorgaben, ist vollständig und übersichtlich geführt. Die Finanzkommission empfiehlt die Annahme der Kreditabrechnung. Robin Sigrist führt die Abstimmung durch.

Antrag

Wollen Sie die Kreditabrechnung Erneuerung Hebewerk ARA Klingnau von CHF 236'608 genehmigen?

Abstimmung:

Der Antrag wird mit einstimmig genehmigt.

Traktandum 5

Kreditantrag über CHF 358'000 für die Werkleitungssanierung Unterfeld und Alte Döttingerstrasse

(Gemeinderätin Cynthia Lang)

Ausgangslage

Durch die AEW Energie AG wurde ein dringender Bedarf an einer Werkleitungssanierung im Gebiet Unterfeld gemeldet. Es besteht ein Handlungsbedarf, das Elektrizitätsnetz beim Unterfeld sowie in der Alten Döttingerstrasse auszubauen. Ausschlaggebend sind diverse Hochbauprojekte, die über den vorhandenen Elektrizitätsrohrblock nicht erschlossen werden können.

Die Synergiemöglichkeiten einer gemeinsamen Werkleitungssanierung mit der AEW Energie AG wurden aufgenommen und der Sanierungsbedarf der gemeindeeigenen Werke im Perimeter festgestellt.

Die Trinkwasserleitung wurde im Bereich der Liegenschaften Unterfeld Nr. 3A und 3B im Jahr 2007 bereits erneuert. Ab diesem Teilstück bis zum Knoten Unterfeld / Alten Döttingerstrasse fehlen noch 110 m. Das betroffene Teilstück in Grauguss materialisiert aus dem Jahr 1962 weist einen Durchmesser mit DN 100 auf, was bezüglich der Dimension nicht mehr dem heutigen Löschschutzstandard entspricht.

Bei den Baumassnahmen «Sanierung Gislibach» wurde die Trinkwasserleitung in der Alten Döttingerstrasse im Jahr 2017 bis zum Knoten Unterfeld bereits in diesem Standard erneuert. Mit der Sanierung der Trinkwasserleitung im Strassenteilbereich Unterfeld kann das Netz an dieser Stelle mit der neuen PE- (Polyethylen) Leitung 160 mm komplettiert werden.

Die Verbindungsleitung über die Privatgrundstücke zum Guggenbühl wurde auch in den Projektperimeter eingeschlossen, da die bestehende Trinkwasserleitung ebenfalls mit DN 100 rund 50 Jahre (Jg. 1976) alt ist.

Die öffentlichen Abwasserleitungen wurden im betroffenen Abschnitt auf ihren Zustand überprüft. Es musste festgestellt werden, dass die Leitungen Rissbildungen aufweisen und teilweise Sanierungsbedarf besteht.

A. Wasserleitung

Die bestehenden Gussleitungen DN 100 mm in den Abschnitten weisen die Jahrgänge 1962 und 1976 auf. Dies führte in jüngster Vergangenheit zu Rohrbrüchen.

Weiter genügt die Wasserleitung den heutigen Löschschutzanforderungen nicht mehr und soll daher zu einer PE- (Polyethylen) Leitung 160 mm ausgebaut werden. Im Zuge dieses Ausbaus werden die bestehenden Hydranten ersetzt und die Hauszuleitungen neu angeschlossen.

Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, sollen die Leitungen im Unterfeld bis zum Guggenbühl erneuert werden. Die Verbindung zum Guggenbühl wird über die Böschung im grabenlosen Verfahren auf einer Länge von 30 m vorgesehen.

In der Alten Döttingerstrasse ist die Wasserleitung in einem Abschnitt von 27 m auf dem Privatgrundstück und soll in den öffentlichen Strassenraum verlegt werden, ansonsten besteht in der Alten Döttingerstrasse kein Ausbaubedarf.

B. Abwasser

Im geplanten Perimeter sind nach GEP (Genereller Entwässerungsplan aus dem Jahr 2010) mittelfristige Massnahmen erforderlich.

Die öffentliche Kanalisation wurde bereits mittels Kanal-TV befahren und aufgenommen. Dabei wurden diverse Sanierungsmassnahmen festgestellt. Bis auf einen örtlichen Schaden im Guggenbühl, kann die Sanierung der Kanalisation mittels Roboter- und Inlinersanierung durchgeführt werden.

C. Strassenbau

Auf eine Strassensanierung kann im Projektperimeter verzichtet werden. Dabei soll die Strassenbeleuchtung im Zusammenhang mit dem EW-Rohrblock erneuert werden und ein Kandelaberstandort angepasst werden.

Termine

Die Bauarbeiten sollen mit dem Ausbau des EW-Rohrblocks koordiniert werden. Die Realisierung ist im Jahr 2024 geplant, damit die Hochbauprojekte erschlossen werden können.

Kostenvoranschlag

	Strasse (Sanierung Unterfeld / Alte Döttinger- gerstr.)	Abwasser (Sanierung Unterfeld / Alte Döttinger- gerstr.)	Wasser (Sanierung Unterfeld / Alte Döttinger- gerstr.)	Wasser Zusatz (Anbin- dung Guggen- bühl)	Total Gemeinde
Grundstück	0	0	1'500	2'500	4'000
Erdbau Spez. Tiefbau	0	0	0	33'000	33'000
Werkleitungen	0	40'000	99'550	70'000	209'550
Strassenbau	11'000	0	0	0	11'000
Planungskosten	1'500	8'000	17'000	18'000	44'500
Nebenkosten	500	1'000	1'000	1'000	3'500
Regiearbeiten	500	2'000	4'000	4'000	10'500
Reserven	500	2'375	6'000	6'000	14'875
Total (exkl. MwSt)	14'000	53'375	129'050	134'500	330'925
Total (inkl. MwSt)	15'000	58'000	140'000	145'000	358'000

Diskussion

Die Diskussion wird nicht gewünscht.

Antrag:

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, den Baukredit in der Höhe von CHF 358'000 (inkl. MwSt.) für die «Werkleitungssanierung Unterfeld und Alte Döttingerstrasse» zu genehmigen.

Abstimmung:

Der Antrag wird einstimmig genehmigt.

Traktandum 6

Kreditantrag über CHF 55'000 für die Einführung Verkehrsberuhigung durch Zone 30 in den Quartieren und zur Sicherheit der Fussgänger

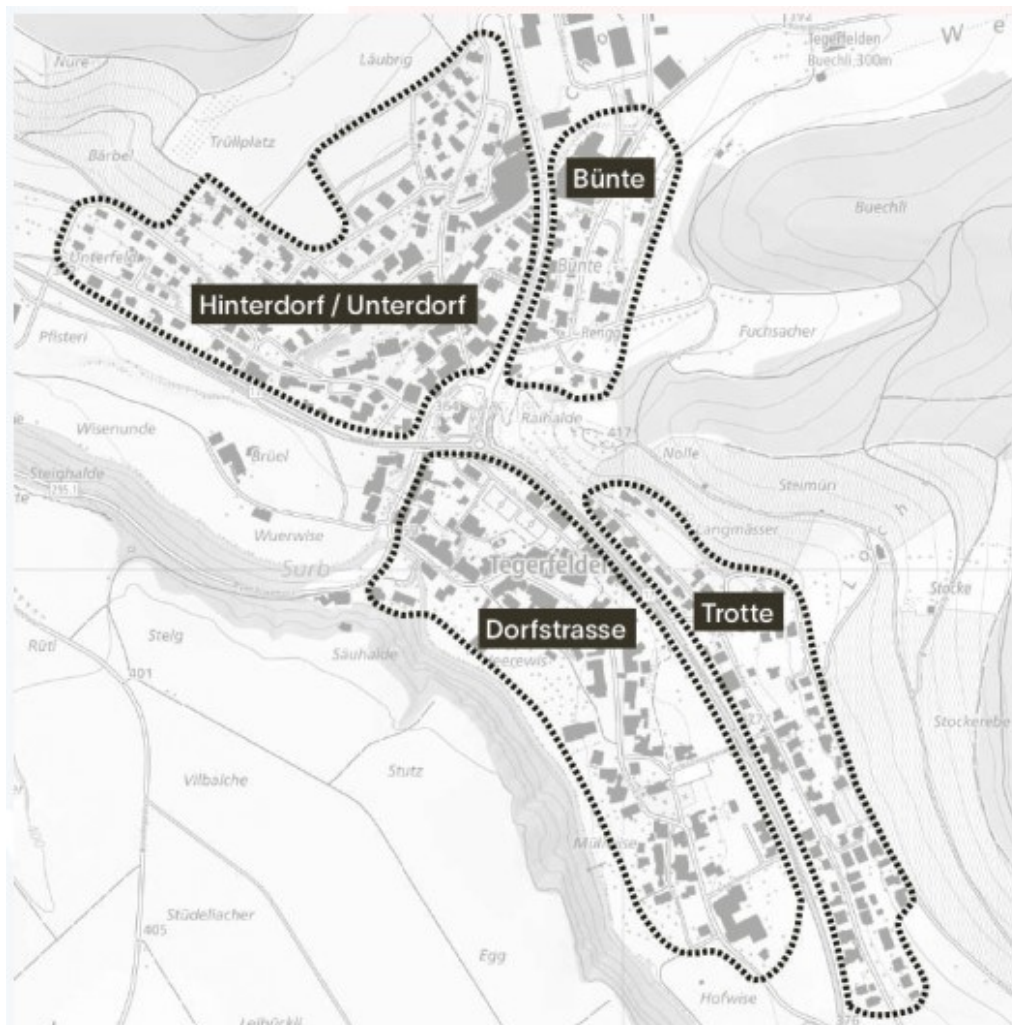
(Vizeammann Karin Wiedemeier)

Der Druck aus der Bevölkerung zur Einführung von verkehrsberuhigenden Massnahmen ist in den letzten Jahren gestiegen. Im Herbst 2023 wurde dem Gemeinderat ein Antrag eingereicht, in diesem Einwohner/innen der Gemeinde Tegerfelden, eine Verkehrsberuhigung durch Zone 30 in verschiedenen Quartieren forderten.

Der Gemeinderat hat durch den Fachplaner Raum- & Verkehrsplaner Belloli in Brugg ein Tempo 30 Konzept erarbeiten lassen. In diesem wurde explizit überprüft, ob einzelne Zonen oder eher eine flächendeckende Massnahme zielführend beurteilt werden kann. Basierend auf den gemachten Abklärungen beantragt der Gemeinderat die Einführung der Tempo 30 Zonen in den vier Dorf-Perimetern Bünthe, Hinterdorf/Unterdorf, Dorfstrasse und Trotte). Das Gewerbegebiet Cholgraben soll nicht mit der Tempo 30 Zone überlagert werden.

Verschiedene Zonen-Perimeter

Das Konzept weist folgende Perimeter aus:



Kostenvoranschlag (inkl. Mwst)

Signalisation und Markierungen	CHF	42'500
Technische Arbeiten	CHF	7'500
Reserven	CHF	5'000
Total:	CHF	55'000

Diskussion

Votantin, die Verkehrssituation wurde angeschaut, nun hat es dort eine grosse Baustelle. Bei der Garagenausfahrt gibt es kein Trottoir und dort wird teilweise mit Tempo 50 durchgefahren. Es würde mehr Sinn machen, dort Zubringerdienst zu machen, statt Tempo 30. Auch mit Tempo 30 würde sicherlich schneller gefahren werden, als die erlaubte Geschwindigkeit.

Votant sagt, dass er Mühe hat mit dem Tempo 30. Es wird immer gesagt, dass man betreffend Lärmbelastung etc. schauen muss, jedoch bei Tempo 30 ist erwiesen, dass man immer wieder bremst und Gas gibt, was den Mostverbrauch in die Höhe treibt und der Lärm auch mehr statt weniger wird. Somit ist dies nicht unbedingt wirtschaftlicher. Die Gemeinde kommt mit dem Tempo 30 Traktandum viel zu kurzfristig. Am Montag vor einer Woche gab es einen Infoanlass, welcher Vizeammann, Karin Wiedemeier, durchgeführt hat. Diese Informationen zu Tempo 30 hätte man spätestens drei Monate vorher wissen müssen, um weitere Abklärungen etc. zu machen. Auch wurden im Dorf an verschiedenen Standorten Geschwindigkeitstafeln aufgestellt. Schon lange wollte die Bevölkerung wissen, was dabei herausgekommen ist. Am letzten Freitag bei dem SVP Politabend wurde dann gesagt, dass die Durchschnittsgeschwindigkeit bei der 50er Zone bei 29.4km/h oder 29.6km/h liegt. Da stellt sich für ihn die Frage, warum man CHF 55'000 ausgeben muss, wenn bereits jetzt 30km/h gefahren wird, obwohl auch mit 50km/h gefahren werden dürfte? Als weiterer Punkt: bei der Dorfstrasse beim „S“ sind nicht die Autos das Problem, sondern die Fahrradfahrer. Bei einer Gruppe von Radrennfahrern habe er einmal gemessen. Diese sind mit 62km/h durchgefahren, und das natürlich auch auf der Gegenfahrbahn. Seine Kinder haben früher auf dem Schulweg immer über das Nachbarsgrundstück laufen dürfen, damit sie um die Hausecken gesehen haben. Welche Lösung ist dort geplant? Wieso schaut man bei der Sicherheit für die Kinder (Bsp. Oberfeld) nicht, dass es Begegnungszonen gibt? Dann ist die Geschwindigkeit 20km/h und jeder ist gleichberechtigt sich auf der Strasse zu befinden. Mit 30km/h bleibt das Problem weiterhin bestehen. Die Kinder werden trotzdem auf der Strasse spielen und die Sicherheit ist nicht gegeben. Die Autos, welche durch die Quartierstrassen fahren, kommen von Würenlingen und wollen nach Endingen. Um die Staltig-Kreuzung zu umfahren und Zeit zu sparen, fahren sie dann durchs Quartier und geben dort Gas. Er glaubt, dass Tempo 30 vielleicht die ersten zwei Monate eine Wirkung hat und danach aber wieder nichts mehr bringt. Wie möchte man dies überprüfen? Bei der Schule ist ein Fahrverbot und in der grossen Pause fahren dort Autos durch. Wenn man nicht mal dies in den Griff bekommt, wie möchte man dann das ganze Dorf kontrollieren? Diese Kontrollen müssen auch noch bezahlt werden und dies wird wieder durch die Steuerzahler finanziert. Wenn die Stimmbürger/innen jetzt „ja“ stimmen, dann kann die Bevölkerung nichts mehr dazu sagen und die Gemeinde

macht, was sie möchte. Wieso wurde dies nicht früher kommuniziert und genauer angeschaut? Er kennt Fälle, bei welchen vor einer Doppelgarage einen Betonpfosten gestellt wurde und jetzt die eine Garage nicht mehr brauchbar ist. Die Planungsbüros wollen auch Geld machen und können vieles erzählen. Für so etwas ist er nicht bereit CHF 55'000 zu bezahlen.

Vizeammann Karin Wiedemeier bedankt sich für die Informationen des Votanten.

Votant gratuliert denjenigen, welche Unterschriften gesammelt haben. Sie haben dies sehr gut gemacht und stehen für ihr Anliegen ein. So wurde der Stein ins Rollen gebracht. Dies ist demokratisch und legitim. Er würde gerne dem Gemeinderat ein gleich gutes Zeugnis geben. Aus Sicht des Gemeinderates ist es die Pflicht, das Beste für die Gesamtbevölkerung von Tegerfelden herauszuholen. Der Gemeinderat muss diese Flughöhe haben. Das Argument und die Unterschriftensammlung sind in Ordnung und können auch behandelt werden. Das ist ein Begehren, zu welchem eine gute Lösung für alle im Dorf gefunden und alle Interessen gewahrt werden müssen. Dies gilt es abzuwägen. Dieser Prozess wurde von Seiten des Gemeinderates nicht gemacht. Die Unterschriften wurden zwischen Oktober und November gesammelt. Dies war vor gut fünf Monaten. Niemand wusste etwas davon. Die Argumente vom Infoanlass wurden am SVP Politabend gesammelt. Es wurde geschätzt, dass jemand vom Gemeinderat anwesend war. An diesem Abend wurden kritische Fragen gestellt, auf welche keine Antworten gegeben werden konnten. Der Infoanlass war zu wenig informativ. Dank der SVP kommen nun diese Argumente. Für einen demokratischen Meinungsbildungsprozess ist dies zu spät, das ist undemokratisch. Ein Infoanlass hätte bereits seit langer Zeit gemacht werden sollen, um alle Beteiligten mit ins Boot zu holen, damit ein guter Weg gefunden werden kann, welchen alle unterstützen können. Dies ist schlussendlich das Entscheidende, dass alle dahinterstehen können und sich an der eigenen Nase nehmen. Das Argument mit den Fussgängern und den Kindern ist in der Nacht und zu Randzeiten einfach nicht realistisch. Wenn man möchte, dass sich alle an der Nase nehmen und dies mittragen, dann wäre es gut gewesen, hätte man dies vorgängig besprochen, angeschaut und differenziert betrachtet. Der Auftrag des Gemeinderates ist es nämlich nicht, dies 1:1 umzusetzen. Im Minimum hätte zuerst kritisch hinterfragt werden müssen, ob dies überhaupt notwendig ist. Dies anhand von messbaren Kriterien, auch nachdem es dann eingeführt wurde, um die Wirkung zu sehen. Aber wie wird dies gemessen? Die SVP wird einen Rückweisungsantrag stellen, weil es undemokratisch und ungeplant ist. Nur so kann das Projekt sauber ausgearbeitet werden und man kann gemeinsam ein Konsens finden. Generell Tempo 30 wird keine Wirkung haben und wird der Bevölkerung mehrheitlich nichts bringen.

Die SVP stellt folgenden Antrag: Der Antrag soll zurückgewiesen und an der nächsten Gemeindeversammlung überarbeitet traktandiert werden. Die Aufforderung ist, dass dieses Geschäft und unter Einbezug der Meinungen aller Interessensgruppen zur Lösungsfindung, für die Gemeindeversammlung noch einmal detailliert geprüft wird.

Gemeindeammann Reto Merkli bedankt sich für die Anmerkungen. Zur flächendeckenden Planung kann er ausführen, dass diese Variante die einfachste Lösung ist. So gibt es von Anfang bis zum Ende des Dorfes eine 30er Zone. Nur schon, wenn man das Oberfeld anschaut, bräuchte es dort 4 – 5 Signaltafeln. Bezogen auf das ganze Dorf wären dies 34 Signaltafeln. Man möchte keine Schilderschlacht. Sonst hätte es überall verschiedene Zonen. Hat man dann auch noch zeitlich limitierte Zonen, muss man

immer auf die Uhr schauen, um zu wissen, wie schnell man jetzt genau fahren darf. Das Beispiel „Freienwil“, dort gibt es eine 30er Zone beim Anfang und am Ende des Dorfes, innerhalb vom Dorf hat es die Markierungen am Boden und das war's. Vom Votanten wurde erwähnt, dass die hohen Kosten von der Planungsfirma empfohlen wurden, da diese gute Verkäufer seien. Schlussendlich entscheidet der Gemeinderat. Der Gemeinderat hat jetzt so einen simplen und einfachen Weg gewählt. Das ist der Hauptgrund für die flächendeckende Tempo 30 Zone. Dann weiss jeder, dass 30km/h herrscht. Wie kann man es kontrollieren? Das kann nicht durch die Gemeinde gemacht werden. Dazu muss die Repol aufgeboden werden, welche Messungen machen und Bussen verteilen können. Tempomessungen dürfen privat nicht gemacht werden. Es wäre ja schön, wenn die Gemeinde einen eigenen Blitzer anschaffen könnte, dann würde man dies sofort machen. Mit diesen Einnahmen könnte dann, vermutlich jedes Jahr ein Schulhaus für CHF 15 Mio. gebaut werden. Aber das darf man nicht. Sobald man die Kantonsstrasse verlässt, weiss man, dass Tempo 30 gilt.

Votant sagt, dass bei der Hochbrücke nichts eingezeichnet sei. Dorthin würde zwei Mal ein gelbes Feld gehören, welches mit Schule angeschrieben ist. Bereits jetzt rasen alle schon nach hinten und er wundert sich, dass dort keine Unfälle passieren. Die Kinder fahren rechts und links mit den Fahrrädern und dazwischen fahren die Autos, welche zum Volg gehen. So eine Markierung würde viel mehr bringen, wie Tempo 30.

Vizeammann Karin Wiedemeier sagt, dass sie mit dem Kanton bereits mehrmals die Problematik beim Fussgängerstreifen angeschaut hat und dass der Gemeinderat beim oberen und beim unteren Fussgänger eine Markierung hinmachen wolle „Achtung Schulkinder“. Dieses Anliegen wird vom Kanton nicht bewilligt. Auf der Gemeindestrasse dürfte dies gemacht werden, aber auf der Kantonsstrasse nicht.

Votant wiederholt, dass dort etwas auf den Boden gemacht werden sollte. Dies würde viel mehr bringen wie Tempo 30. So wissen die Autofahrer, dass sie etwas bremsen sollten.

Gemeindeammann Reto Merkli sagt, dass er ihm recht gibt. Auch wenn nachher Tempo 30 ist, gibt es immer noch einige Punkte, die angeschaut werden müssen. Wenn ein Fahrradfahrer mit 60/70km/h um das Eck fährt, kann man jede Farbe von Streifen auf den Boden zeichnen und es bringt nichts. Es gibt solche Leute, bei denen kann man einfach nichts machen. Es gibt andere Punkte, bei welchen man dann noch mehr schauen muss.

Votantin möchte sich gegenüber den Vorwürfen, dass es nicht angekündigt wurde und undemokratisch war, äussern. Sie meint sich zu erinnern, dass an der letzten Gemeindeversammlung am Ende im Rahmen der Diskussion informiert wurde, was ansteht. Dort hat Karin Wiedemeier informiert, dass die Unterschriften eingegangen sind und der Gemeinderat bei der nächsten Gemeindeversammlung ein Konzept vorstellen wird. So überraschend dürfte dies die SVP also nicht treffen. Ausserdem sind die Unterschriften demokratisch gesammelt worden und die Bevölkerung hat das Recht, sich das Konzept anzuhören und darüber zu entscheiden. Sie findet es fantastisch, dass das Konzept nun vorgestellt wird. Man spricht nicht nur von Kindern, sondern auch von älteren Personen, die in dieser Gemeinde leben und die Strassen überqueren. Wenn man sich die Situation unten beim Kindergarten vorstellt, wo die Traktoren

mit verschiedenen Geschwindigkeiten herunterfahren, ist dies für alle eine Gefahr. Auch die Lehrpersonen vom Kindergarten schreien nach Hilfe und bekommen keine Unterstützung. Sie hat Mühe mit den Argumenten, dass es zu überraschend kam und undemokratisch sei. Es wurde klar angesagt, dass ein Konzept kommt, was nun geschehen ist. Jetzt kann entschieden werden, ob das Konzept verfolgt werden soll oder nicht.

Votant empfiehlt die 30er Zone sehr. Ebenso wie den Vorschlag des Votanten. Überall wo eine 30er Zone ist, sollten gelbe Streifen gemacht werden. Die Votantin hat davor bereits gesagt, es ist eine Demokratie, auch in Tegerfelden und keine SVP Hochburg.

Votant beginnt mit einem Zitat, wenn gleich ein ihm sehr sympathischer und geläufiger mexikanischer Trinkspruch besagt: „Du kannst noch so vorsichtig sein, aus dieser Welt kommt keiner lebend raus.“ So sei ihm ein ebenfalls mexikanischer Trinkspruch fast gleichermassen sympathisch und geläufig. „Das Wichtigste im Leben ist nicht tot zu sein.“ Um dies geht es schlussendlich. Man möchte Leben und Überleben auf den Strassen im Dorf. Die berühmte Schriftstellerin Astrid Lindgren sagte „Freiheit bedeutet, dass man nicht alles unbedingt so machen muss, wie andere.“ Dazu ein Beispiel: Er war vor 5 Jahren Kommandant der Stadtpolizei Baden. Jedes halbe Jahr rapportiert in den neun Einsatzgemeinden, die Unfallstatistik. Acht von diesen neun Gemeinden, inkl. Baden, haben Tempo 30 gehabt. Nicht alle flächendeckend, aber alle hatten Teilstücke mit Tempo 30. Ausser eine Gemeinde hat sich gewehrt und nie Tempo 30 gehabt, das war Würenlingen. Die Statistiken zeigten, dass sie genau gleich wenige oder viele Unfälle hatten, wie die anderen Gemeinden mit Tempo 30. Infolgedessen wurde in Würenlingen kein Tempo 30 eingeführt. „Die Antwort auf Masslosigkeit und Wahn, kann nur Augenmass und Rationalität sein.“ (Alexander Grau, Deutschland). Flächendeckend ist vermutlich nie die Lösung. Punktuell Tempo 30 oder Tempo 20 ist wahrscheinlich viel sinnvoller. Und schliesslich hat Montesquieu, ein Franzose gesagt: „Wenn es nicht notwendig ist ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen.“ Das Gesetz besteht bereits. Im Strassenverkehrsgesetz ist klar gegeben, dass überall angepasste Geschwindigkeit herrscht. Auch wenn dort kein Strassenschild steht, egal ob Tempo 30 oder Tempo 100. Immer gilt: Die Geschwindigkeit ist den Gegebenheiten anzupassen. Infolgedessen braucht es ein Schild, auf welchem „Tempo 30“ steht eigentlich nicht. Seit 12 Jahren wohnt er im Oberfeld und er ist noch nie mehr als 30km/h, eher 20km/h, gefahren, auch wenn weit und breit kein Schild ist, sondern eigentlich Tempo 50 gelten würde. Schlussendlich hat Joana Spirig gesagt: „Vielleicht ist es notwendig, wieder etwas mehr zu spüren als zu spüren.“ Wenn man nämlich spürt, dass man nicht mehr als 30km/h fahren sollte, dann braucht es auch kein Schild wo darauf steht, dass man spüren muss.

Votantin wohnt an der Dorfstrasse. Sie hat bei der Unterschriftensammlung auch unterschrieben. Dies aus der Intension, die Kinder zu schützen. Auch wenn man den Kindern sagt, sie dürfen nicht über die Strasse rennen, sie machen es halt doch. Die S-Kurven bei der Kirche sind ein Problem, genau so wie bei der Wartegg. Es ist schon sehr heikel, wenn man sieht, wo die Kinder laufen und wo die Autos durchfahren. Was ihr am Konzept nicht gefällt, ist die demokratische Meinungsbildung. Es wurde zwar angekündigt, dass etwas kommt, es ist dann flächendeckend Tempo 30 aber bei der Ausgestaltung kann nicht mitgesprochen werden. In diesen Kurven fahren die Autos beispielsweise nicht schneller als 30km/h, weil man sonst gar nicht um die Kurve kommt. Aber wenn die Kinder in der Mitte der Strasse laufen, oder ausscheren beim Fahrradfahren, trifft es

die Kinder trotzdem, wenn ein Auto kommt. Darum wären begleitende Massnahmen wichtig. Somit bringt eine flächendeckende Zone 30 nichts für die Unfallstatistik oder die Sicherheit. Sie ist auch für eine Zurückweisung des Antrages und möchte genau wissen, wie dies nachher abgefedert wird. Auch bei der Kirche braucht es zusätzliche Massnahmen, damit das Tempo dann auch heruntergedrosselt wird und die Kinder geschützt sind. Wenn man es einfach behalten möchte, ohne Schilder, Verkehrsberuhigungen etc., kann man es auch sein lassen. Vielleicht ist es bei einigen Quartieren in Ordnung, aber in der Dorfstrasse macht es für sie keinen Sinn. Teilweise machen die Rechtsvortritte kein Sinn. Man muss zuerst die Ausgestaltung wissen und dann über das fertige Konzept abstimmen.

Vizemann Karin Wiedemeier erklärt, dass der Ampeliweg bereits jetzt Rechtsvortritt hat, auch wenn dies nicht eingezeichnet ist. Im Projekt sind u.a. auch eingezeichnete Rechtsvortritte vorgesehen, Bsp. Langmesser, diese dort keinen Sinn machen. Dies würde dann auch so beibehalten werden, wie es jetzt ist. Auch bei der Dorfstrasse wurde vom Planer ein Rechtsvortritt eingezeichnet, obwohl dort eine Privatstrasse herauskommt. Dort würde dann in der Umsetzung kein Rechtsvortritt realisiert werden. Die Pläne werden öffentlich aufgelegt, und man kann Einsprache erheben.

Votantin fragt nach, ob sie richtig verstanden hat, dass es die Einsprachefrist von 30 Tagen gibt, wenn das Konzept dann kurz vor der Umsetzung wäre. Diese wird kommuniziert und man kann sich das nochmals anschauen und Einsprache machen, wenn man nicht einverstanden wäre.

Vizemann Karin Wiedemeier antwortet, dass es wie eine Baueingabe ist, welche öffentlich publiziert werden muss. Dort kann während 30 Tagen Einsprache erhoben werden.

Votantin sagt, dass aufgepasst werden muss. Man spricht hier von CHF 55'000. Hat man dann das Vertrauen in den Gemeinderat, dass diese das Konzept richtig machen oder nicht? Oder werden diese CHF 55'000 einfach für weitere Abklärungen gewährt?

Votant hat sein Geschäft in der Bünthe. Dort hat es ein Fahrverbot. Fahren dann die Anwohner dort zu schnell, dass dort eine 30er Zone gemacht werden soll? Für ihn ist nicht nachvollziehbar, wenn dort bereits ein Fahrverbot ist, dass es jetzt auch noch Tempo 30 geben soll. Die Rechtsvortritte bleiben ja, dann ist das Problem mit 30km/h auch nicht gelöst. Es wurde Freienwil angesprochen. Er ist täglich dort und sagt, dass die 30er Zone dort gar nichts gebracht hat. Seither haben die Unfälle zugenommen, weil die Fahrradfahrer zu schnell kommen. Die Fahrradfahrer sind das Problem und das wird nicht gelöst mit einer 30er Zone. Ihm geht es nicht um die CHF 55'000. Wenn das Konzept zum Schluss auch CHF 100'000 kostet und nützt und hilft, würde er dies unterstützen. Aber er unterstützt nicht CHF 55'000 für eine 30er Zone, die an den meisten Orten nicht nachvollziehbar ist. Vor allem in der Bünthe, da es doch bereits ein Fahrverbot gibt.

Votantin möchte etwas bezüglich des Fahrverbots bzw. Zubringerdiensts sagen. Es fahren dort permanent Autos durch, auch mit erhöhtem Tempo. Mit Zubringerdienst und Fahrverbot kommt man heute auch nicht mehr wirklich weit, da der Zubringerdienst ein grosser Begriff ist. Sie hat Unterschriften an der Dorfstrasse gesammelt. Die Zustim-

mung war sehr gross und die Sammlung wurde sehr begrüsst. Sie habe sehr oft gehört, dass man darauf wartet, bis es einen Unfall gibt und dass man davor Angst habe auf die Strasse zu gehen, weil die Autos teilweise so schnell kommen. Ein Brennpunkt ist auch bei der Wartegg, da die Autos viel zu schnell in die Dorfstrasse fahren. Sie ist überzeugt davon, dass eine Tempo 30 Zone dies entschleunigen würde. Bei dem Fahrradfahrerproblem muss gut hingeschaut werden. Das Problem ist, dass diese von der Kirche sehr schnell in die Dorfstrasse fahren. Für das müsste man zusätzliche Massnahmen prüfen. 8 von 10 Leute haben die Umsetzung von Tempo 30 sehr begrüsst.

Votant stimmt dem Votum des vorherigen Votanten zu. Er findet es absolut richtig. Das Projekt kann CHF 150'000 oder 200'000 kosten. Wenn es um die Sicherheit der Kinder geht, darf das Geld keine Rolle spielen. Es stellt sich noch eine andere Frage. Der Kindergarten ist offen. Dort kommen die Leute mit dem Fahrrad und den Töfflis sehr schnell hinunter. Der Kindergarten ist aber nirgends geschlossen auf diese Seite. Wie soll man diesen schützen? Eine 30er Zone nützt dort nichts, weil dort keine Autos durchfahren. Wenn man etwas macht, dann bitte richtig. Wenn dies angenommen wird, dann ist es Zone 30 und die Sache ist für den Gemeinderat wieder erledigt. Dann wird nicht mehr darüber gesprochen, denn wenn Tempo 30 ist, dann passiert ja nichts. Wenn es zurückgestellt wird, dann hat der Gemeinderat genug Zeit, etwas Gutes auszuarbeiten. Mit der 30er Zone allein, ist es nicht getan.

Votantin ist begeistert von all diesen verschiedenen Meinungen. Bei der Schulhausgestaltung gab es an einem Samstag eine Veranstaltung und man hat 3 Stunden das Bevölkerungswissen zusammengebracht. Dann entstanden Flipcharts und es sind Ideen zusammengekommen. Hier gibt es super viele Meinungen und Ideen, was auch berechtigt ist. Das sollte in irgendeiner Weise zum Tragen kommen. Sie findet es schade, wenn jetzt etwas abgestimmt wird. Sie habe zuvor gar nichts von dem Projekt gewusst, da sie nicht so oft an solchen Versammlungen ist. Wieso geht man nicht einen Schritt zurück und macht eine Arbeitsgruppe und hört sich die Meinungen an. Dann können auch zwei oder drei verschiedene Möglichkeiten ausgearbeitet werden über die dann abgestimmt werden kann. Es gibt viele gute Argumente und die Einwohner/innen haben gute Überlegungen dafür oder dagegen. Das wäre schade, wenn dies nicht genutzt wird.

Vizemann Karin Wiedemeier antwortet, dass es Unterschriften aus der Bevölkerung waren, welche der Gemeinderat ernst genommen hat. Der Gemeinderat macht nur seinen Job und die Anwesenden müssen sich jetzt einig werden, wie man weiter vorgehen möchte.

Votant findet, dass die guten Voten unbedingt genutzt werden sollen. Daher soll der Rückstellungsantrag unterstützt werden. So ist nichts verloren und alle gewinnen. Dann kann eine Arbeitsgruppe erstellt und die Informationen können zusammengetragen werden. Das bringt viel mehr, als die wirkungslose Einführung vom flächendeckenden Tempo 30. Er appelliert, dass der Rückweisungsantrag unterstützt werden soll, damit man eine bessere Lösung ausarbeiten kann.

Votant Das Oberfeld ist mit ca. 500 Meter vermutlich eine der längsten Geraden, welche es im Dorf gibt. Wenn man das Oberfeld mit Tempo 50 fährt, was schnell ist, aber erlaubt, fährt man dies in 36 Sekunden. Mit Tempo 30 ist es ziemlich genau eine Minute. Die Differenz ist also 24 Sekunden. Menschen, die vier Mal am Tag dort durchfah-

ren, sparen somit eineinhalb Minuten, wenn sie mit Tempo 50 fahren können. Der Anhalteweg bei Tempo 50 ist gut 27 Meter. Bei Tempo 30 ist dies ziemlich genau die Hälfte. Dies ist schon ein grosser Unterschied, ob man nach 13-14 Meter zum Stehen kommt oder eben erst nach 27 Meter. Hier geht es um die Sicherheit aller und nicht nur um die Kinder. Wenn man die Nachteile und die Vorteile gegenüberstellt, sieht man, dass die eineinhalb Minuten Verlust ein sehr kleiner Nachteil sind, im Vergleich zu den Vorteilen, die sich ergeben.

Votant fragt sich, wer durch das Oberfeld fährt. Er glaubt, dass es zu 98% Anwohner/innen sind, 1.5% ist vielleicht noch der Besuch und 0.5% einer, der sich verfahren hat. Dann muss sich doch jeder der dort wohnt, an der Nase nehmen. Wenn das Oberfeld Unterschriften sammeln muss, liegt doch das Problem bei jedem Einzelnen, dass diese zu schnell fahren und nicht die Fremden.

Gemeindeammann Reto Merkli entgegnet, dass diese Leute ja nicht nur für das Oberfeld, sondern für die gesamte Gemeinde unterschrieben haben. Hier geht es genau um das, was zu Beginn bereits erwähnt wurde. Man möchte eine einheitliche Lösung und nicht überall andere Geschwindigkeiten, das gibt nur Verwirrung.

Abstimmung Rückweisungsantrag der SVP Tegerfelden:

Der Rückweisungsantrag wird mit 52 Ja zu 62 Nein-Stimmen abgelehnt.

Antrag:

Der Verpflichtungskredit für die Einführung der Tempo 30 Zonen in den vier Dorf-Perimetern Bünthe, Hinterdorf/Unterdorf, Dorfstrasse und Oberfeld (Trotte) von CHF 55'000 sei zu genehmigen.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 69 Ja zu 43 Nein-Stimmen genehmigt.

Verschiedenes

Informationen aus dem Gemeinderat

Gemeinderätin Cynthia Lang: Alteisenmulde

Bei den letzten Alteisensammlungen hat immer irgendetwas nicht funktioniert. Gemeinderätin Cynthia Lang bedauert dies sehr. Auch am letzten Freitag bekam sie ein Telefon vom Sammelstellenbetreuer, dass die Mulde nicht rechtzeitig geliefert wird. Daraufhin hat sie am Montag dem Geschäftsführer der Obrist, Herr Benz, angerufen. Herr Benz hat versichert, dass seitens der Gemeinde alle drei Mal, alles richtig gemacht wurde. Der Fehler lag immer bei der Firma Obrist. Herr Benz hat dann gesagt, dass er den Auftrag vom vergangenen Freitag nicht belasten werde. Der Gemeinderat wird sich nochmals überlegen, wie weiter vorgegangen werden soll. Bei der nächsten Sammlung wird Herr Benz den Auftrag persönlich betreuen. Gemeinderätin Cynthia Lang setzt alles daran, dass es das nächste Mal ohne Komplikationen funktioniert.

Gemeinderätin Anya Berner: Anlässe

- 15. Juni 2024, Infoveranstaltung Projekt Kompass Surbtal
- 27. Juni 2024, Cyber-Crime, Weinbaumuseum
- 2. Juli 2024, Sicherheit 65 +, Gemeindehaus Tegerfelden
- 3. September 2024, Ü70-Reise unter dem Motto «Hoch hinaus»

Voranzeige Termine

Tegerfelder Wysonntag 20. – 22. September 2024

Nächste Gemeindeversammlung: 14. November 2024

Wortmeldungen aus der Bevölkerung:

Votant möchte einer Erklärung betreffend der Schachenstrasse. Die erste Etappe ist bereits ausgeführt. Die zweite Etappe geht von der Ebni bis in die grossen Einlaufschächte. Dort wird der Belag nicht herausgerissen ist dies richtig? Und wie geht es weiter in Richtung Forstwerkhof?

Vizeammann Karin Wiedemeier erklärt, dass letztes Jahr ein Kredit genehmigt wurde, um die Schachenstrasse zu sanieren. Es war angedacht, dass vom Waldrand bis an die Grenze, der Belag herausgenommen und mit Kies gemacht wird. Im Vorfeld habe sie erklärt, dass die untere Strasse bis zum Forstwerkhof ebenfalls in einem nicht so guten Zustand sei und dann vom Forstwerkhof Richtung Bünthe auch angeschaut werden muss. Im Zusammenhang mit der Schachenstrasse im Wald ist es so, dass wenn der Teer weggenommen wird, im Wald nicht neu geteert werden darf. Beim steilen Teil wurde aber festgestellt, dass wenn man dort den Teer wegnimmt und mit Kies auffüllt, bei starkem Regen dieser immer wieder in die Wasserrinne weggeschwemmt wird. Darum entschied man, dass nur beim oberen Teil der Teer entfernt und unten der Teerbelag geflickt wurde. So blieb noch Geld übrig, dass man den Abschnitt zum Forstwerkhof ebenfalls vorerst flicken konnte. Dort muss aber irgendwann auch ein sauberer Deckbelag gemacht werden.

Votant möchte wissen, ob das Dachgefälle bei der Kiesstrasse vorgegeben war?

Vizeammann Karin Wiedemeier antwortet, dass dies ein Ingenieur ausgearbeitet hat. Karin Wiedemeier geht aber davon aus, dass wenn man eine Waldstrasse oben abkratzt und wieder aufbaut, ein Dachgefäll vorgegeben ist. Wie steil das aber genau ist, kann sie nicht sagen.

Votant fragt, ob die ausführende Baufirma Garantie auf diese Arbeit geben kann.

Vizeammann Karin Wiedemeier antwortet, dass die Firma dies kann und die Arbeit noch nicht abgeschlossen ist.

Votantin möchte wissen, wie man gegen die invasiven Neophyten vorgeht, wenn nur 15 Personen an den Anlass gekommen sind. Im Surbtaler hat man gesehen, dass man in 5 oder 10 Jahren ein paar Hektaren voll mit einjährigem Berufskraut etc. hat. Wer soll das bezahlen, dies zu entfernen? Ist dies freiwilligen Arbeit, oder wie geht man mit dem um?

Gemeinderätin Anya Berner antwortet, es stimme, dass nicht so viele an dem Anlass waren und es schön wäre, wenn mehr kommen würden. Sie findet, je kontinuierlicher dies durchgeführt wird, umso besser. Es ist ein Problem, dass die Neophyten zugenommen haben. Wie aber auch Spezialisten gesagt haben, wird man das nie ganz wegbekommen. Somit liegt es an jedem Einzelnen, gewisse Massnahmen zu ergreifen. Auf der Gemeinde gibt es Säcke vom Kanton, die bezogen werden können. Am besten werden die Neophyten mit den Wurzeln entfernt und in diesen Sack getan. Bei der Graugutabfuhr wird das dann mitgenommen. Der Gemeinderat möchte den Anlass der Neophytensammlung beibehalten. Dies soll ein wenig grösser aufgezogen werden. Es ist geplant dies mit der Landschafts- und Umweltkommission zu planen, damit das gesamte Surbtal daran teilnehmen kann. Auch der Forst wird natürlich sein Möglichstes dazu beitragen. Sowie auch die Schule auf Neophytenjagd geht. Die Kinder sind schon sehr gut sensibilisiert. Nur so kann man dies eindämmen, dass es nicht noch schlimmer wird.

Votantin bedankt sich herzlich, bei der IG Eggwegli. Sie findet es sehr toll, dass dieser Weg benützbar ist.

Gemeindeammann Reto Merkli gibt den Dank weiter. Viktor Mühlebach habe sehr viel selbst gemacht und Teile finanziell selbst übernommen. Vielen herzlichen Dank!

Er bedankt sich für das zahlreiche Erscheinen und verabschiedet sich.

Die Versammlung ist um 21.32 Uhr zu Ende.

Einwohnergemeindeversammlung

Die Gemeindeschreiberin:

sig.

Aline Bianchi